
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 2. Mai 2016**, im Kleinen Sitzungssaal des Landratsamts Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 16:00 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Annahme von Spenden; Genehmigung	2016/066
2.	Sachstandsbericht zum Thema "Schnelles Internet im Landkreis Konstanz"	2016/068
3.	Förderung des Tourismus im Landkreis Konstanz; Weiterentwicklung der VHB-Gästekarte - Entscheidung über den Sperrvermerk im Haushalt 2016	2016/069
4.	Regionale Koordinierungsstelle zur Sicherstellung des Fachkräfteangebots in kleinen und mittleren Unternehmen ("Fachkräfteallianz Landkreis Konstanz"); Fortführung der Koordinierungsstelle	2016/070
5.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
5.1	Behandlung von Spenden von Firmen, mit denen eine Lieferbeziehung besteht	

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Baumert, Ralf

Benkler, Walter

Beyer-Köhler, Günter

Burchardt, Ulrich

Eisch, Uwe

Häusler, Bernd

Hofer, Sigrid, Dr.

Jüppner, Manfred

Kessler, Peter

Kreitmeier, Christiane, Dr.

Lehmann, Hans-Peter

Leipold, Jürgen

Moser, Johannes

Mutter, Alfred

Netzhammer, Veronika (als Vertreterin für den entschuldigten **Ellegast**, Andreas)

Ostermaier, Artur

Radojevic, Marco

Rühland, Dieter, Prof. Dr.

Schrott, Walafried

Stolz, Rainer

Entschuldigte

Ellegast, Andreas

Auf besondere Einladung nimmt teil

Hempel, Ingrid (IHK Hochrhein-Bodensee/TOP 4)

Kegel, Raimund (HK Konstanz/TOP 4)

Werner, Kuno (Geschäftsführer Stadtwerke Konstanz/TOP 1)

Verwaltung

Gärtner, Philipp

Nops, Harald

Burger, Markus

Graf, Benedikt

Krutthoff, Simone

Leupold, Thorsten

Merath, Christine

Protokollführer

Roth, Manfred

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie den Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Annahme von Spenden;

Genehmigung

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Annahme der Spenden wird gemäß Anlage zur Sitzungsvorlage zugestimmt.

2. Sachstandsbericht zum Thema "Schnelles Internet im Landkreis Konstanz"

Herr **Werner** führt in die Thematik ein. Er bedauert, dass eine gemeindeüberschreitende Lösung bisher nicht möglich war. Allerdings ginge das immer noch, zumal sich die Förderung zwischenzeitlich deutlich verbessert hat. Zu bedenken ist dabei, dass eine leistungsfähige Internetverbindung für die Zukunft der Städte und Gemeinden immer wichtiger wird.

Es wird angeboten, ein gemeinsamer Workshop mit interessierten Städten und Gemeinden durchzuführen, auf Nachfrage wären die Stadtwerke Konstanz dazu gerne bereit.

Anschließend geht Herr **Werner** näher auf den Sachverhalt ein. Seine Präsentation ist der Niederschrift als **ANLAGE 1** beigelegt.

Vorsitzender

Vor einigen Jahren ist die Einrichtung eines „Backbone“ durch den Landkreis nicht zustande gekommen, weil die Strukturen in den einzelnen Städten und Gemeinden sehr unterschiedlich sind und nicht alle Interesse gezeigt haben. Daher wurde das weitere Vorgehen den Städten und Gemeinden/den Stadtwerken überlassen.

Muss über die Situation nach der Änderung der Förderrichtlinien, die eine deutlich bessere Bezuschussung vorsehen, nochmals neu nachgedacht werden? Und wenn ja, muss der Landkreis dabei mitwirken oder könnte er das auf die jeweiligen Städte und Gemeinden delegieren bzw. diesen überlassen?

Herr **Werner**

Normalerweise bildet der Landkreis quasi eine „Klammer“ um seine Städte und Gemeinden. Das Problem ist, dass die Stadtwerke Konstanz eine neutrale Position einnehmen müssen, sonst gibt es Schwierigkeiten, wenn sich diese später an Ausschreibungen beteiligen wollen. Sollte man daher zum Ergebnis kommen, die Thematik erneut aufzugreifen, sollte die Initiative vom Landkreis ausgehen und nicht von den Stadtwerken.

Vorsitzender

Wie sollte man denn vorgehen? Die Wirtschaftsförderung des Landkreises könnte als Info-Stelle fungieren, die Stadtwerke Konstanz könnten dann informieren.

Kreisrat **Burchardt**

Es trifft zu, dass im Landkreis sehr heterogene Strukturen bestehen, daher sollte der Landkreis die Koordination übernehmen. Der beste Weg bestünde darin, wenn die Wirtschaftsförderung des Landkreises Konstanz alle Interessenten an einen Tisch bringen könnte, die Stadtwerke Konstanz könnten dann entsprechend informieren. Danach werde man dann sehen, wer mitmachen würde.

Vorsitzender

Eine solche Info-Veranstaltung wäre möglich, ggf. könnten dann auch kleinere Gruppen gebildet werden.

Kreisrat **Benkler**

Die Fraktion der FDP hat auf dieses Thema schon immer sehr deutlich hingewiesen. Zwischenzeitlich ist man nicht viel weiter gekommen und es wurden viele Fördergelder ausgelassen. Der Landkreis sollte aktiv mitmachen und die Initiative ergreifen. Darüber hinaus sollte er die Federführung übernehmen und z. B. einen Zweckverband gründen. Das Thema muss Zug um Zug abgearbeitet werden, wobei einer anfangen muss. In anderen Landkreisen wurden bereits entsprechende Zweckverbände gegründet, z. B. im Landkreis Sigmaringen, davon profitieren die Gemeinden Hohenfels, Eigeltingen und Mühlingen. Der Landkreis sollte den Gemeinden ein solches Angebot unterbreiten, die „Starken“ müssen sich mit den „Schwachen“ solidarisch erklären und die Aufgabe gemeinsam in Angriff nehmen.

Vorsitzender

Der Landkreis Konstanz war einer der ersten, der dieses Thema angegangen ist. Dass es nicht zu einer Zusammenarbeit gekommen ist, liegt – wie bereits erwähnt – an den sehr heterogenen Strukturen. In anderen Landkreisen ist dies offensichtlich nicht so, dort kamen Zweckverbände zustande.

Herr **Leupold**

Es wurden Gespräche geführt und ein Gutachten erstellt, das in diesem Ausschuss und im Kreistag vorgestellt worden ist. Die Offensive der Telekom hat danach dazu geführt, dass jeder seinen eigenen Weg gegangen ist, insofern war die Strategie der Telekom erfolgreich.

Der VORSITZENDE fasst das Ergebnis der Beratung zusammen. Danach wird der Landkreis (Wirtschaftsförderung) in Abstimmung mit dem Gemeindegtag eine Info-Veranstaltung für Städte und Gemeinden im Landkreis Konstanz anbieten, in der sich diese über den aktuellen Sachstand (Technik, mögliche Förderungen usw.) informieren können. Das diesbezügliche Beratungsangebot der Stadtwerke Konstanz wird angenommen.

3. Förderung des Tourismus im Landkreis Konstanz:

Weiterentwicklung der VHB-Gästekarte - Entscheidung über den Sperrvermerk im Haushalt 2016

Der **Vorsitzende** berichtet über die Tagung der Strukturkommission ÖPNV in Hegne. Dort ging es um die Ausschreibung der Busverkehre ab 2019 und insbesondere auch um die technische Komponente, die in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle spielen wird. Die Technik bietet viele neue Möglichkeiten, die es bisher nicht gab und daher sollte man nichts überstürzen.

Die VHB-Gästekarte ist gut, andere sind gerade erst dabei, ein solches Angebot aufzubauen. Der Verkehrsverbund Bodensee-Donau-Oberschwaben (BODO) ist nicht verhandlungsbefugt, denn BODO ist lediglich Kooperationspartner der DBT.

Der Beschlussvorschlag ist bewusst neutral gehalten. Wenn zwei Gemeinden es anders sehen sollten (keine Weiterentwicklung der VHB-Gästekarte, Einführung der EBC-Card), dann wäre das möglich, wobei die neuen technischen Möglichkeiten ab 2019 Perspektiven eröffnen, beide Systeme wieder zusammenzuführen.

Kreisrat **Burchardt**

Es wird für eine Aufhebung des Sperrvermerks plädiert.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 2 Enthaltungen):

1. **Der Sperrvermerk für das Projekt „Weiterentwicklung der VHB-Gästekarte“ (60.000 €) wird aufgehoben.**
2. **Über den weiteren Fortgang des Projekts sind die zuständigen Gremien zeitnah zu unterrichten.**

Kreisrat **Stolz**

Der Landkreis hat damit eine Chance verpasst, doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung mit BODO/DBT zu kommen, obwohl dies nach dem Stand der Dinge durchaus möglich wäre und in einigen Tagen ein diesbezügliches Gespräch mit BODO stattfinden wird.

Der vorbereitete Vortrag wurde nicht gehalten und auch Herr Bürgermeister **Weckbach**, der anwesend ist, wurde zur Sache nicht gehört. Das wäre aber notwendig gewesen, damit die Entscheidung in Kenntnis aller relevanten Fakten gefasst werden kann.

Vorsitzender

Ziel ist in der Tat eine gemeinsame Gästekarte. Die technischen Möglichkeiten, verschiedene Angebote zusammenzuführen, bestehen spätestens ab 2019, unabhängig davon, was Einzelne bis dahin unternehmen. Insofern ist eine Weiterentwicklung der VHB-Gästekarte grundsätzlich nicht kontraproduktiv und wenn es gelingen sollte, bis dahin eine Übergangslösung, z. B. in Form einer gegenseitigen Anerkennung, zu finden, wäre das sehr gut. Daran kann unabhängig von der Weiterentwicklung der VHB-Gästekarte weiter gearbeitet werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

4. Regionale Koordinierungsstelle zur Sicherstellung des Fachkräfteangebots in kleinen und mittleren Unternehmen ("Fachkräfteallianz Landkreis Konstanz");

Fortführung der Koordinierungsstelle

Kreisrätin **Dr. Hofer**

Die Koordinierungsstelle ist gut, aber worin besteht die Effizienz? Warum wurden von ca. 3.000 Flüchtlingen lediglich 108 davon erreicht? Außerdem gibt es viele Unbegleitete, minderjährige ausländische Flüchtlinge (UmA), was wird in diesem Bereich getan?

Vorsitzender

Dies ist nicht Aufgabe der Fachkräfteallianz. Außerdem befinden sich unter den Flüchtlingen auch Kinder und andere Personen, die für diesen Zweck nicht geeignet sind.

Frau Merath

Die Zahlen aus der Pressemitteilung stammen vom März 2015, seitdem hat sich vieles weiter entwickelt.

Herr Leupold

Die Fachkräfteallianz besteht aus mehreren Modulen, dies wird im folgenden Vortrag noch deutlicher. Die Veranstaltungen werden von den Betrieben bewertet, damit man diese möglichst optimal ausrichten kann. Die Vertreter der Kammern, Frau **Hempel** (IHK) und Herr **Kegel** (HK) sind anwesend und können die Wichtigkeit der Wahrnehmung dieser Aufgabe bestätigen. Dies ist auch in der Resolution zu entnehmen, die der Sitzungsvorlage als Anlage 2 beigelegt ist.

Gerade die Koordination der handelnden Akteure ist unabdingbar, eine Konzeption ist vorhanden. Die verstärkte Ausrichtung auf das Thema „Flüchtlinge/Asylbewerber“, wie es u. a. in der letzten Sitzung gefordert worden ist, ist erfüllt und in die Konzeption eingeflossen.

Frau **Merath** stellt den Sachverhalt dar Ihre Präsentation ist der Niederschrift als **ANLAGE 2** beigelegt.

Herr Kegel

Die Fachkräfteallianz „hat an Fahrt aufgenommen“. Gerade beim Thema „Flüchtlinge“ ist eine Koordination außerordentlich wichtig, dies trägt darüber hinaus zu einer Entbürokratisierung bei. Das gilt auch für die kommenden Jahre, wobei ein ergebnisorientiertes Arbeiten im Vordergrund steht.

Vorsitzender

Es kommt auf die Ergebnisse an – die Allianz ist Mittel zum Zweck. Kann man denn sagen, ob diejenigen, die durch die Allianz eine Arbeit gefunden haben, diese sonst nicht gefunden hätten?

Herr Kegel

Dies trifft für einen Teil der Flüchtlinge zu. Dazu zählt u. a. die Vermittlung von 14 Auszubildenden, dies ist im Vergleich zu anderen überdurchschnittlich. Über die Allianz besteht die Möglichkeit, auf verschiedene Akteure einzuwirken und dies sollte auch künftig so sein. Es wurden zwar bereits entsprechende Erfahrungen gesammelt, aber damit steht man erst am Anfang und daher sollte es weitergehen.

Kreisrätin Dr. Kreitmeier

Eine Konzeption ist vorhanden, die Akteure kennen sich und damit ist eigentlich alles vorhanden, worauf es ankommt. Wenn betont wird, dass man erst am Anfang stehe – wie soll es dann konkret weitergehen? Die Frage ist allerdings, ob man dazu eine eigene Stelle braucht, oder ob das ggf. auch jemand anders machen könnte.

Vorsitzender

Im Bereich der Integration gibt es viele „Player“ – es gibt Integrationsbeauftragte, die Beschäftigungsgesellschaft und sonstige Organisationen. Alle wollen in dem Bereich etwas tun und es wird auch bereits viel gemacht. Daher auch die Frage an die Kammern: Wo sollte diese Aufgabe zugeordnet werden? Und wenn es keine Flüchtlinge geben sollte – müsste die Koordinierungsstelle dann trotzdem fortbestehen, d. h., hätte diese auch ohne die Flüchtlinge eine Existenzberechtigung?

Frau Merath

Die Allianz gab es schon bevor die vielen Flüchtlinge gekommen sind. Das Aufgabenfeld ist sehr breit, es geht nicht nur um spezielle Gruppen. Die Koordinierungsstelle bildet die Schnittstelle zu allen Bereichen.

Frau Hempel

Die Basis für die weitere Arbeit wurde erarbeitet, die Situation hat sich durch die Flüchtlinge ganz neu zugespitzt. Die Allianz ist so aufgestellt, dass alle davon profitieren, alle Fachkompetenzen aus den verschiedensten Bereichen sind an einem Tisch. Sie kommt ab Schritt 4 (Seite 10 der Folien) ins Spiel und führt das weiter, was andere begonnen haben, z. B. die Beruflichen Schulen. Es gibt bereits einen Leitfaden für Flüchtlinge. Das vorhandene und bewährte Instrument der Fachkräfteallianz und damit auch die Koordinierungsstelle sollte unbedingt auch für die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt genutzt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, wären alle bisherigen Vorarbeiten verloren bzw. könnten keinen Nutzen erzielen.

Vorsitzender

Die Allianz ist kein Selbstzweck, sondern wichtig für die Wirtschaft.

Kreisrätin Dr. Hofer

Der Weg ist langwierig und steinig, aber nur so kann Integration gelingen. Wie lange ist der Zeitraum bzw. gibt es Anhaltspunkte, bis jemand integriert ist? Bei den 14 vermittelten Auszubildenden stellt sich die Frage, ob diese nicht auch über andere Stellen hätten untergebracht werden können.

Vorsitzender

Die Dauer einer gelungenen Integration hängt von sehr vielen Faktoren ab und daher kann keine Zeitdauer genannt werden.

Kreisrat Ostermaier

Das Thema „Flüchtlinge“ ist dazu gekommen – wäre die Koordinierungsstelle ohne dieses Thema sonst nicht erforderlich? Die Aussage von Herrn Kegel hat Aufmerksamkeit erregt. Es handelt sich um die durchaus übliche Praxis, dass das Land zwar für einen bestimmten Zeitraum Geld gibt, sich dann aber komplett aus der Förderung zurückzieht und den Kommunen den „Schwarzen Peter“ bezüglich der Fortführung zuschiebt. Die Frage ist, ob diese Stelle dafür geeignet ist, das Thema „Flüchtlinge“ abzuarbeiten oder ob es dafür nicht andere, bereits vorhandene, geeignete Stellen gibt. Für die Integration gibt es bereits eine Stelle und allein für die restlichen Tätigkeiten ist keine Stelle erforderlich. Daher sollte man heute beschließen, die Koordinierungsstelle nicht weiterzuführen.

Kreisrat Schrott

Dafür gibt es durchaus Verständnis – allerdings sollte man an die Praktiker appellieren, die Aufgabe engagiert wahrzunehmen, den Kammern ist das offensichtlich wichtig. Daher sollte man eine Verlängerung um 2 Jahre beschließen und danach nochmals schauen.

Kreisrat Kessler

Die Basis ist gelegt, aber im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik hat die Verwaltung erkannt, dass die Organisation verbessert werden muss und hat deshalb ein neues Amt gebildet. Gerade in der Flüchtlingsproblematik geht es darum, dafür zu sorgen, dass sich nicht viele Stellen um das gleiche kümmern. Richtig angesiedelt wäre diese Aufgabe beim neuen Amt für Migration und Integration, daher sollte das dort unter Einbeziehung bzw. in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter erledigt werden.

Kreisrat Burchardt

Die Position von IHK und HK wurde dargestellt. Die Themen „Fachkräfte“ und „Integration“ (Vermittlung von Sprachkenntnissen und Arbeitsaufnahme) sind von zentraler Bedeutung, darüber besteht Einigkeit.

Das klappt noch nicht gut, dieses Ziel ist noch lange nicht erreicht, auch wegen den

Rechtsgrundlagen und vielen verschiedenen Akteuren. Die derzeitigen Strukturen sind sehr hinderlich, hinzu kommt ein massives Bürokratieproblem. Gefragt ist insbesondere die Autorität der Behördenleiter in Bund und Land, dies zu ändern und auch unkonventionelle Wege zu eröffnen.

Es geht – wie von Kreisrat **Ostermaier** erwähnt – darum, wem die Aufgabe zugeordnet wird. Die Fraktion der CDU ist der Auffassung, dass es wichtig ist, keine zusätzlichen Stellen zu schaffen bzw. zu fördern, denn das macht die Situation eher komplizierter.

Beim neuen Amt für Migration und Integration gibt es bereits eine Integrationsbeauftragte, darüber hinaus gibt es die Bundesagentur für Arbeit, die Kammern, das Jobcenter usw., die sich alle um das gleiche Thema kümmern. Aus der Vorlage wird nicht deutlich, warum sich eine weitere Stelle, die Koordinierungsstelle, ebenfalls um das Thema kümmern sollte. Die Notwendigkeit einer Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist unstrittig, aber das sollte beim neuen Amt angesiedelt werden. Dazu wird ein Vorschlag von der Verwaltung erwartet.

Das Thema „Fachkräfte“ war und ist schon immer eine klassische Aufgabe der Wirtschaftsförderung, dafür bedarf es keiner zusätzlichen Stelle. Es wird daher der Antrag gestellt, die Stelle zu streichen. Soweit Flüchtlinge betroffen sind, sollte dies beim neuen Amt für Migration und Integration angesiedelt werden.

Vorsitzender

Es liegen mehrere Anträge vor:

- Fraktionen von CDU und FW: Streichung.
- Kreisrat **Schrott**: Zeitliche Befristung auf 2 Jahre, danach nochmalige Prüfung.
- Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**: Vertagung, genaue Darstellung der Stellenanteile auf die einzelnen Aufgabenbereiche.

Es wird vorgeschlagen, zunächst über den Antrag von Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** abzustimmen. Danach sollte über den Antrag von CDU und FW entschieden werden.

Kreisrätin Dr. Kreitmeier

Auf Basis der Stellenanteile sollte eine Konzeption entwickelt werden.

Vorsitzender

Die Integrationsbeauftragte, Frau **Garvin**, wird ihr Konzept zu gegebener Zeit im Ausschuss vorstellen. Eine Prüfung des Anteils „Fachkräfte“ muss nicht nochmals erfolgen

Kreisrat Burchardt

Ergänzend zum Antrag der Fraktion der FW wird vorgeschlagen, dass die Wirtschaftsförderung die Fachkräfteallianz übergangsweise fortführt. In der Zwischenzeit sollte die Wirtschaftsförderung ein neues Konzept entwickeln, wie das Thema „Fachkräfte“ künftig abgearbeitet werden soll und das sollte dann im Ausschuss vorgestellt werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Nach einer Zusammenfassung der Beratung und der gestellten Anträge durch den **Vorsitzenden** fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss 1 (11 Nein-Stimmen gegen 8 Ja-Stimmen):

Der Antrag von Kreisrätin Dr. KREITMEIER, die Entscheidung zu vertagen und bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses eine Konzeption zu erarbeiten, aus der ersichtlich wird, welcher Stelleninhalt/Stellenanteil für die Fortführung der Fachkräfteallianz verbleibt, wenn das neue Amt für Migration und Integration den Teil „Integration/Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeit“ übernimmt, wird abgelehnt.

Beschluss 2 (einstimmig, 2 Enthaltungen):

Folgendem Antrag der Fraktionen der FW (Ergänzung durch Fraktion der CDU) wird zugestimmt:

1. Die Regionale Koordinierungsstelle „Fachkräfteallianz Landkreis Konstanz“ wird nach dem 31.10.2016 nicht weiter fortgeführt.
2. Die Aufgaben der Fachkräfteallianz (ohne Anteil „Flüchtlinge“) sollen übergangsweise weiter von der Wirtschaftsförderung wahrgenommen werden (Stichwort: Klassische Aufgabe der Wirtschaftsförderung). Spätestens bis zur Beratung des nächsten Haushalts ist eine Konzeption zu erarbeiten, welche Aufgaben dieser Allianz dann noch verbleiben und welcher Stellenanteil für die reduzierte Aufgabenerfüllung erforderlich ist.
3. Das neue Amt für Migration und Flüchtlinge erstellt eine Konzeption bezüglich der Integration/Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeit und stellt diese zu gegebener Zeit im Ausschuss vor. Dabei wird von einem Übergang der Aufgabe spätestens zum 01.11.2016 ausgegangen.

Hinweis:

*Eine Abstimmung über den Antrag von Kreisrat **Schrott**, die Stelle für weitere zwei Jahre fortzuführen und erst danach abschließend über die dauerhafte Fortführung der Aufgabe zu beschließen, erübrigte sich nach der Annahme von „Beschluss 2“.*

5. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

5.1 Behandlung von Spenden von Firmen, mit denen eine Lieferbeziehung besteht

Kreisrat **Schrott** nimmt Bezug auf die eingegangenen Spenden, denen heute zugestimmt worden ist. Gibt es eine Regelung, wie verfahren wird, wenn es sich beim Spender um einen Lieferanten handelt? Gibt es eine Frist, die zwischen der Auftragserteilung und der Spende vergangen sein muss, damit kein Bezug zwischen einer Auftragsvergabe und der Spende hergestellt werden kann?

Eine Prüfung wird zugesagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:00 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Frank Hämmerle

Ulrich Burchardt

Dr. Christiane Kreitmeier

Für das Protokoll:

Manfred Roth

ANLAGE 1 – Vortrag von Herrn Werner/Stadtwerke Konstanz (TOP 1)

ANLAGE 2 – Vortrag von Frau Merath/Fachkräfteallianz (TOP 4)